

**S t a d t H a a n**  
Niederschrift über die  
**16. Sitzung des Rates der Stadt Haan**  
am Dienstag, dem 10.05.2016 um 17:02 Uhr  
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:  
17:02

Ende:  
19:03

**Vorsitz**

Bürgermeister Dr. Bettina Warnecke

**CDU-Fraktion**

Stv. Marlene Altmann  
Stv. Nadine Bartz-Jetzki  
Stv. Dr. Edwin Bölke  
Stv. Vincent Endereß  
Stv. Harald Giebels  
Stv. Udo Greeff  
Stv. Gerd Holberg  
Stv. Tobias Kaimer  
Stv. Jens Lemke  
Stv. Klaus Mentrop  
Stv. Monika Morwind  
Stv. Folke Schmelcher  
Stv. Rainer Wetterau

bis TOP 7

**SPD-Fraktion**

Stv. Walter Drennhaus  
Stv. Jörg Dürr  
Stv. Juliane Eichler  
Stv. Uwe Elker  
Stv. Julia Klaus  
Stv. Marion Klaus  
Stv. Ulrich Klaus  
Stv. Simone Kunkel-Grätz  
Stv. Jens Niklaus  
Stv. Alexander Viemann

**WLH-Fraktion**

Stv. Meike Lukat  
Stv. Achim Metzger  
Stv. Peter Schniewind  
Stv. Annegret Wahlers

**GAL-Fraktion**

Stv. Petra Lerch

Stv. Andreas Rehm  
Stv. Jochen Sack  
Stv. Elke Zerhusen-Elker

**FDP-Fraktion**

Stv. David Hinz  
Stv. Michael Ruppert  
Stv. Reinhard Zipper

**AfD-Fraktion**

Stv. Frank Scheler  
Stv. Ulrich Schwierzke

**Schriftführer**

VA Fabian Beyer

**Vertreter des Seniorenbeirates**

Herr Dr. Friedhelm Reisewitz

**Verwaltung**

1. Beigeordnete/r Dagmar Formella  
Beigeordnete/r Engin Alparslan  
StOVR Gerhard Titzer  
StORR Michael Rennert  
StVR Doris Abel  
TA Guido Mering  
VA Wolfgang Voos  
StOAR Rainer Skrobliès  
Frau Anja Püschel

**örtliche Rechnungsprüfung**

Herr Harald Beier

**Gäste**

AM David Schmitz  
AM Wolfgang Schmitz  
AM Hans-Jürgen Wolff  
AM Ursula Wolff

**Die Vorsitzende Dr. Bettina Warnecke** eröffnet um 17:02 Uhr die 16. Sitzung des Rates der Stadt Haan. Sie begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### **Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung**

**Bgm. Dr. Warnecke** erklärt, analog der Begründung zur vorangegangenen HFA-Sitzung den TOP 2 von der Tagesordnung zu nehmen und absprachegemäß den bislang nicht-öffentlichen TOP 10 als neuen TOP 2.1 in den öffentlichen Teil zu ziehen.

Das Fazit zur Flüchtlings-Website habe sie als öffentliche Mitteilung der Verwaltung unter TOP 8 eingeplant.

Hierzu besteht Einvernehmen.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1./ Fragerecht für Einwohner**

---

#### **Protokoll:**

Es liegen keine Einwohneranfragen vor.

### **2./ Finanzierung Kindertageseinrichtungen / Defizitabdeckung Vorlage: 51/109/2016**

---

#### **Protokoll:**

Der TOP wurde von der heutigen Tagesordnung genommen.

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der AG 78 einen verbindlichen Kriterienkatalog zur Aufnahme gemeindefremder Kinder in Haaner Kindertageseinrichtungen zu entwickeln und in der kommenden Jugendhilfeausschusssitzung vorzustellen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## 2.1. Rechnungsprüfungsangelegenheiten

/ - hier: Bericht Haan 6/2015 - Erweiterte Prüfung zum Prüfbericht H4/2015  
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte (Gebühren) für Produkt 02.04.20  
Rettungsdienst und Krankentransport

---

### Protokoll:

**Bgm. Dr. Warnecke** stellt den bisherigen Ablauf und den aktuellen Stand des Verfahrens dar.

Daraufhin stellt **Hr. Beier** von der örtlichen Rechnungsprüfung sein fortgeschriebenes öffentliches Fazit vor (Anlage 1).

In der Folge erläutert **Stv. Ruppert** seitens der FDP-Fraktion einen Fragenkatalog (Anlage 2).

**1.Bgo. Formella** erklärt, dass dieser erst ca. anderthalb Stunden vor der Sitzung per Fax eingegangen sei. Es sei hierzu zusammengefasst festzustellen, dass im Zusammenhang mit den jährlichen Haushaltsplanberatungen sowie zu den Jahresrechnungen das nachgefragte Controlling stattgefunden habe.

**Stv. Wetterau** bedauert für die CDU-Fraktion, dass die konkrete Schadenshöhe wegen unvollständiger Prüfunterlagen nicht beziffert werden könne. Er legt dar, dass der Rat immer wieder nach der Auskömmlichkeit der Gebührenrechnungen gefragt und die Verwaltung diese auch zugesichert habe. Erst der Jahresabschluss 2013, den der Rat im September 2015 erhielt, ließ eine Unterdeckung in diesem Bereich erkennen. Fazit sei, dass nicht der Rat, sondern die Verwaltung die Defizite billigend in Kauf genommen habe. Seine Fraktion dränge nun auf einen sauberen Abschluss des Verfahrens und regt eine erneute, diesmal aber externe, Prüfung durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer an. Dieser solle die Angelegenheit zu den Themen Diensthaftung und strafrechtliche Konsequenzen untersuchen.

**Stv. Lukat** ergänzt seitens der WLH-Fraktion, die überörtliche Prüfung durch die GPA habe den Rat in Sicherheit gewogen. Dokumentationspflichten, die eine detaillierte Prüfung erst möglich machen, seien nicht eingehalten worden. Da auch die aktuell gültige Gebührenbedarfsberechnung aufgrund des Mangels an prüffähigen Unterlagen nicht umfassend prüfbar sei, bitte sie die örtliche Rechnungsprüfung um Auskunft, inwieweit Diensthaftung und Strafrechtlichkeit auf der Grundlage der vorliegenden Unterlagen überhaupt geprüft werden können.

**Hr. Beier** geht davon aus, dass auch ein externer Wirtschaftsprüfer Probleme bei der Auswertung der verfügbaren Unterlagen habe.

**Stv. Giebels** fragt angesichts der unvollständigen Aktenlage, ob die örtliche Rechnungsprüfung zu Prüfbeginn eine Vollständigkeitserklärung von der Verwaltung habe vorlegen lassen.

Dies wird von **Hr. Beier** verneint.

---

Weiter führt **Stv. Giebels** aus, HFA und RPA seien über die Defizite bei den Gebühren pflichtwidrig nicht informiert worden. Die Begründung der Verzögerung bei der Vorlage der neuen Gebührenrechnung im 4. Quartal 2015 hätte dem Rat gespiegelt werden müsse und lasse sich nur mit dem laufenden Bürgermeisterwahlkampf erklären. Seine Fraktion wolle, dass ein Rechnungsvergleich für das 4. Quartal 2015 transparent gemacht werde. Man fordere eine konkrete Schadensberechnung. Der Rat sei in der Pflicht, den Schaden für die Stadt zu minimieren. Auch seien die Verantwortlichkeiten innerhalb der Verwaltung hierfür zu klären. Das Vertrauensverhältnis zwischen Rat und Verwaltung habe gelitten und müsse wieder hergestellt werden.

**Stv. Schwierzke** fragt, ob die Unterlagen wirklich unvollständig oder nur schlampig geführt gewesen seien, schließlich hätten die Krankenkassen diese akzeptiert.

**Hr. Beier** erläutert hierzu, dass die Krankenkassen das Zustandekommen der Summen nicht prüften. Die Unterlagen seien unvollständig.

**Stv. Lerch** erklärt in ihrer Funktion als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, die weitere Beauftragung eines Wirtschaftsprüfers sei nicht zielführend, weil aufgrund der Qualität der Unterlagen keine weitere Erkenntnis für den Rat zu erwarten sei. Im heute durch sie unterzeichneten RPA-Protokoll lege die Verwaltung dezidiert dar, wie sie in der Zukunft derartige Vorgänge verhindern wolle. Der Blick müsse jetzt nach vorne gerichtet werden.

**Stv. Drennhaus** vermutet, die damalige Trennung von der RPA-Leitung könne deshalb erfolgt sein, weil dieser die in Rede stehenden Vorgänge aufdecken wollte. Fehlerhaft sei vor allen gewesen, die Gebühren von Rettungs- und Krankentransport bei der Kalkulation zu vermischen. Dadurch habe man eine scheinbare Auskömmlichkeit der Gebühren errechnet, die nie gegeben war. Allerdings glaubt auch er nicht an eine weitere zielführende externe Untersuchung. Abschließend appelliert er an Rat und Verwaltung, sich gemeinsam Versäumnisse in dieser Frage einzugestehen.

**Stv. Lukat** ist der Auffassung, ehrenamtliche Kommunalpolitiker müssten sich auf die Auskünfte der Verwaltung verlassen können. Daher unterstütze die WLH-Fraktion das Ansinnen der CDU-Fraktion.

**Hr. Beier** erklärt, die örtliche Rechnungsprüfung würde sich nach Übergabe eines weiteren Aktenordners in der Lage sehen, das letzte Quartal 2015 erneut zu prüfen und bis zur nächsten Sitzung des RPA am 09.06.2016 eine Schadensberechnung anzustellen.

Hierzu besteht Einvernehmen.

**Bgm. Dr. Warnecke** fasst zusammen, es gebe keinen genau bezifferbaren Schaden, viele Verantwortliche und die örtliche Rechnungsprüfung habe eine Prüfung des 4. Quartals 2015 zur kommenden Sitzung des RPA zugesagt.

Im Folgenden legt sie dar, wie die Verwaltung für die Zukunft solche Vorgänge verhindern will:

- Dokumentation der Kosten in elektronischer und schriftlicher Form (Erweite-

---

rung der Einsatz- und Abrechnungsprogramme, Rechnungszusammenstellung mit Quellenangaben bzw. Beifügung der Quellen)

- Grundlegende Abstimmung der Systematik für alle Gebührensatzungen mit dem Rat unter Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen: Höhe der Verzinsung, Verwendung von KGSt-Werten oder Ermittlung der Kosten der Querschnittsämler, Zugrundelegung des Wiederbeschaffungszeitwertes mit Rücklagenbildung oder der Anschaffungskosten für AfA und Verzinsung
- zweitätiger Workshop in Haan mit Fertigstellung einer Kalkulation in einem Betriebsabrechnungsbogen, soweit möglich unter Berücksichtigung der HKR-Software
- Besuch der vom RPA empfohlenen Fortbildung jährlich wiederkehrende Vorlage der Gebührenbedarfsberechnung für das Folgejahr und der Jahresrechnung des vorletzten Jahres im Herbst mit entsprechend höherer personeller Bindung (Anpassung an den Zeitplan des technischen Dezernates)
- Vier-Augen-Prinzip
- Lfd. Abstimmung der Gebührenbedarfsrechnung mit der Kostenrechnung des Finanzdezernates unter Einbeziehung der HKR-Software (Ergebnisrechnung des Finanzdezernates = Ergebnis Gebührenhaushalt)

**Stv. Lukat** bittet die Verwaltung im Sinne einer maximalen Transparenz darum, im kommenden RPA dann auch bisher nicht-öffentliche Unterlagen der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

**StORR Rennert** gibt eine persönliche Erklärung ab, in welcher er auch auf die lokale Presseberichterstattung abstellt. Die dort als Schadenssumme kolportierten Zahlen empfinde er als rufschädigend und habe lange überlegt, ob er gegen diese Darstellung strafrechtlich vorgehen werde.

### **Beschluss:**

Das vorgelegte erweiterte öffentliche Fazit der örtlichen Rechnungsprüfung wird zur Kenntnis genommen und zur Veröffentlichung frei gegeben.

### **Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

**2.2. Situation / Entwicklung Kindertageseinrichtungen**  
**/ - Beschlusslage JHA 28.04.2016**  
**Vorlage: 51/117/2016**

---

**Protokoll:**

**1.Bgo. Formella** weist darauf hin, dass für die AG 78 am 30.05.16 eine weitere Sitzung zur Beratung u.a. dieser Thematik terminiert worden sei. Die vorliegenden Fragen der WLH-Fraktion zum interkommunalen Ausgleich gemäß § 21 d KiBiz könnten nur nach Prüfung jedes Einzelfalles dezidiert beantwortet werden. Dies sei für die nächste Sitzung des JHA am 16.06.16 zu erwarten.

**Beschluss:**

„Die Verwaltung wird beauftragt, Ausbaumöglichkeiten in bestehenden Kindertageseinrichtungen zu prüfen und mögliche Standorte für eine neue Kindertageseinrichtung zu ermitteln.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**3./ Ortseingangsschild "Gartenstadt Haan"**  
**hier: Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 07.12.2015**  
**Vorlage: 66/026/2016/1**

---

**Protokoll:**

**Stv. Lukat** erklärt, die WLH-Fraktion werde sich der Stimme enthalten, weil allein die Teilnahme an einem Workshop noch keinen Inhalt vermittele. Es fehle an einem klaren Zeitplan, der das Synonym Gartenstadt erlebbar werden lasse.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Ortseingangsschilder um den Beinamen „Gartenstadt“ zu ergänzen, der Empfehlung des LAG21-Projekts „Nachhaltiges Kommunales Flächenmanagement zu folgen und einen Workshop „zeitgemäße Gartenstadt“ durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis:**

28 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen

- 4./ 34. Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich "Kampheider Straße", Bebauungsplan Nr. 180 "Kampheider Straße"**  
**hier: Beschluss über Anregungen, § 3 (1), (2), § 4 (1) und (2) BauGB;**  
**Beschluss der Flächennutzungsplanänderung;**  
**Satzungsbeschluss § 10 (1) BauGB;**  
**Vorlage: 61/112/2016**
- 

**Protokoll:**

**Stv. Lukat** erklärt für die WLH-Fraktion, man werde den Beschlussvorschlag ablehnen, weil er ökonomisch wenig sinnvoll und ökologisch nicht zielführend sei.

**Beschluss:**

- „1. Über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (1) BauGB und der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (1) BauGB sowie über die in der öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB sowie in der Beteiligung nach § 4 (2) BauGB vorgelegten Stellungnahmen wird entsprechend dem Ergebnis der Prüfung in dieser Sitzungsvorlage entschieden.
2. Die 34. Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich „Kampheider Straße“ in der Fassung vom 23.03.2016 wird beschlossen. Der Begründung in der Fassung vom 23.03.2016 wird zugestimmt.  
  
Das Plangebiet befindet sich in Haan Ost südlich der Landstraße und westlich der Kampheider Straße. Es umfasst in der Gemarkung Haan, Flur 10 ganz oder teilweise die städtischen Flurstücke 646, 647, 285 und 253. Die genaue Festlegung des räumlichen Geltungsbereichs erfolgt durch die Planzeichnung.
3. Der Bebauungsplan Nr. 180 „Kampheider Straße“ in der Fassung vom 23.03.2016 wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Der Begründung in der Fassung vom 23.03.2016 wird zugestimmt.  
  
Das Plangebiet befindet sich in Haan Ost südlich der Landstraße und westlich der Kampheider Straße. Es umfasst in der Gemarkung Haan, Flur 10 ganz oder teilweise die städtischen Flurstücke 646, 647, 285 und 253. Die genaue Festlegung des räumlichen Geltungsbereichs erfolgt durch die Planzeichnung.“

**Abstimmungsergebnis:**

32 Ja- und 4 Nein-Stimmen

## **5./ Straßenbenennung**

### **Vorlage: 61/108/2016**

---

#### **Beschluss:**

Die im Bebauungsplan Nr. 34\_1. Änderung ausgewiesene öffentliche Verkehrsfläche erhält die Bezeichnung:

**Am Steinenhaus**

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **6./ Neubesetzung von Ausschüssen**

---

#### **Beschluss:**

In der VHS-Verbandsversammlung tauschen bei der CDU-Fraktion Stv. Altmann und Stv. Endereß ihre Positionen: Stv. Endereß wird ordentliches und Stv. Altmann stellvertretendes Mitglied.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

### **6.1. VRR-Hotline**

**/ Vorlage: 61/114/2016**

---

#### **Beschluss:**

„Der Rat der Stadt Haan fordert die Rheinbahn und den Verkehrsverbund-Rhein-Ruhr (VRR) insgesamt auf, eine kostenfreie und einfach zu handhabende Hotline als 0800-Nummer einzurichten, bei der der Fahrgast, der unterwegs ist, persönlich erfahren kann, warum sein Verkehrsmittel nicht kommt bzw. wie sehr es verspätet ist und welche Alternativen es ggf. gibt.“

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **6.2. Bewerbung Wettbewerb "Digitale Innenstadt"** / - hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 26.04.2016

---

### **Protokoll:**

**Bgm. Dr. Warnecke** berichtet von den Erkundigungen der Verwaltung bei den Haaner Einzelhändlern über deren Netzwerk „Wir für Haan“ bzgl. der Teilnahme am Wettbewerb „Die digitale Innenstadt“. Danach würden die Realisierungschancen insbesondere seitens der nicht Internet-affinen Einzelhändler als schlecht eingestuft.

**Stv. Niklaus** zeigt sich ob dieser Resonanz enttäuscht und ist der Ansicht, dass es für Haan in dieser Hinsicht noch viel zu tun gäbe. Die SPD-Fraktion ziehe ihren Antrag daher zurück.

## **6.3. Aufstellung eines neuen Schulentwicklungsplanes** / - hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 19.04.2016

---

### **Protokoll:**

**Stv. Ruppert** erläutert den Antrag der FDP-Fraktion.

**1.Bgo. Formella** bittet darum, die Fachausschussberatungen des BKSA am kommenden Donnerstag hierzu abzuwarten. Sie versichere aber, dass eine entsprechende Planung für Grund- und weiterführende Schulen bereits in Arbeit sei.

**Stv. Elker** zeigt sich irritiert darüber, dass hier der Diskussion des Fachausschusses vorgegriffen werden solle. Er gibt zudem zu bedenken, dass der Eltern- jedoch nicht der politische Wille in dieser Frage entscheiden sollte.

### **Beschluss:**

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

## **7./ Beantwortung von Anfragen**

---

### **Protokoll:**

**Stv. Lukat** erläutert die Anfrage der WLH-Fraktion bzgl. eines Verkehrssicherheits- trainings für Flüchtlinge.

**1.Bgo. Formella** erklärt, entsprechende Gespräche mit der Polizei liefen bereits, da auch die Verwaltung diesen Bedarf erkannt habe. Sie zeigt sich optimistisch, dass zielführende Lösungen gefunden werden.

Zur Anfrage der CDU-Fraktion bzgl. des Fahrradschutzstreifens an der B 228, stellt **TA Mering** die geplante zukünftige Anordnung des Schutzstreifens und die Position der Parkplätze dar. Die Verwaltung befinde sich aber noch in Gesprächen mit dem Straßenbaulastträger.

---

## **8./ Mitteilungen**

---

### **Protokoll:**

**Stv. Lemke** teilt als Ausschussvorsitzender mit, die Thematik Fahrradschutzstreifen und Parkplätze an der B 228 auf die Tagesordnung des kommenden SUVA zu setzen.

**Bgm. Dr. Warnecke** informiert darüber, dass sie das öffentliche Fazit der örtlichen Rechnungsprüfung zur Website Flüchtlingshilfe veröffentlicht habe.